



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

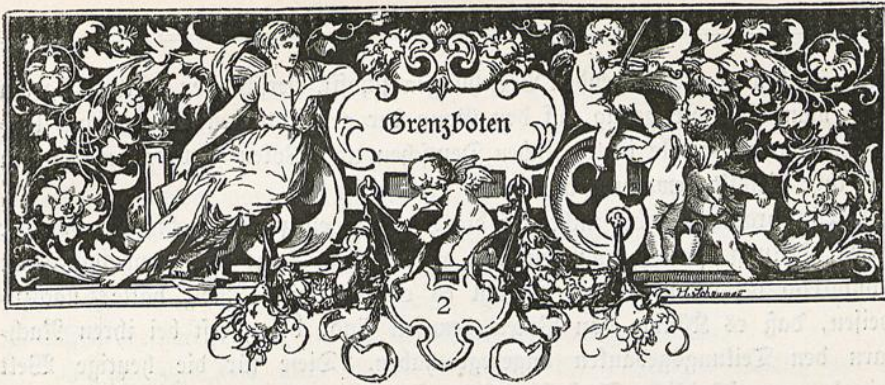
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, W. von: Der preußische Staat und die polnische Frage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der preußische Staat und die polnische Frage

Von W. von Massow



Die Politik bedarf, wenn sie nicht im Dunkeln tappen will, außer den besondern Fähigkeiten, die dem praktischen Staatsmann eigen sein müssen, auch der Beihilfe verschiedner Wissenschaften, unter denen die Statistik und die Geschichte obenan stehn. Ein kleines persönliches Erlebnis darf ich vielleicht dabei erwähnen. Als ich vor einigen Jahren nach längerer Pause einmal wieder die Stadt Posen besuchte, wandte sich mein Interesse auch gewissen Eindrücken aus dem Straßenleben und der äußern Erscheinung der Stadt zu. Ich kam bei mir selbst zu dem Ergebnis: „Gott sei Dank! Man merkt jetzt, daß eine energischere Hand hier waltet als vor Jahren! Das Polentum macht sich nicht mehr so breit wie damals!“ In demselben Augenblick trat ein Bekannter zu mir, der ebenfalls Posen nach einer Reihe von Jahren wieder sah, und meinte, es sei doch eine wahre Schande, wie die Stadt zusehends immer polnischer werde.

Wer hatte Recht? Die Frage kann nur auf Grund statistischen Materials beantwortet werden. Mit so widersprechenden, unsichern Eindrücken hat der Politiker auf Schritt und Tritt zu tun, die Statistik aber lenkt ihn unerbittlich auf die wirklichen Tatsachen hin. Freilich ist bei der Deutung solchen Materials Vorsicht und Verständnis nötig, und außerdem gibt es Fragen genug, die überhaupt nicht auf dem Wege statistischer Untersuchungen beantwortet werden können, weil sie mit Kräften in Zusammenhang stehn, die niemals in zahlenmäßig bestimmbarren Werten zur Erscheinung kommen. Das gilt namentlich von allen den Verhältnissen, die nur aus ihrem Werden richtig zu begreifen sind. Darum muß man zugleich die Geschichte zu Rate ziehen, wenn man Art und Wesen politischer Fragen bestimmen will.

In der Polenfrage entstehen die meisten Irrtümer dadurch, daß sich Leute, die nur die „aktuelle“ Seite der Sache äußerlich zu erfassen imstande sind, berechtigt glauben, ein fertiges Urtheil zu fällen, während ihnen der geschichtliche Zusammenhang, der das Werden aller dieser Verhältnisse regiert und die

auf seelischem Gebiet liegenden Beziehungen schafft, verschlossen bleibt. Darum kann man nicht oft genug auf den Gang der geschichtlichen Entwicklung hinweisen, durch die alle jetzt zwischen Deutschen und Polen schwebenden Fragen erst ihre Gestalt gewonnen haben.

Wir brauchen dabei nicht auf die Beziehungen zurückzugehen, die vor der ersten Teilung Polens zwischen dem preußischen Staat und dem polnischen Königreich bestanden haben, obwohl es einen gewissen Reiz hätte, nachzuweisen, daß es Könige von Polen gewesen sind, die zuerst bei ihren Nachbarn den Teilungsgedanken angeregt haben. Diese für die heutige Welt beinahe unverständliche Tatsache erklärt sich aus dem Staatsbegriff des siebzehnten und des achtzehnten Jahrhunderts und dem damals anerkannten absoluten Verfügungsrecht des Monarchen über das Staatsgebiet. In einer Zeit, wo beständig über Länder als Tauschobjekte verfügt wurde, wo ein polnischer Fürst nach Lothringen, ein lothringischer nach Toskana wanderte, ohne daß von Beziehungen der Völker zu angestammten Dynastien die Rede war, darf es nicht wundernehmen, daß ein Wahlkönig, der sich noch dazu durch eine ganz unsinnige Verfassung eingeengt fühlte, unbedenklich das Wohlwollen seiner Nachbarn durch Gebietsabtretungen zu erkaufen gedachte, um dafür in dem Kern seines Landes ebenso unumschränkter Herr kraft Erbrechts zu werden wie andre Könige seiner Zeit.

Eine praktisch brauchbare Gestalt haben diese Pläne vor der Zeit der Teilungen niemals gewonnen. Friedrich der Große hat sich in der ersten Hälfte seiner Regierung schwerlich damit beschäftigt. Erst nach dem Siebenjährigen Kriege wurde ihm die polnische Frage näher gerückt. Zwei Gesichtspunkte kamen für ihn dabei in Betracht. Er mußte erstens, sobald einmal der polnische Besitzstand in Frage gestellt wurde, nach dem Besitz von Westpreußen trachten, und zweitens dienten ihm die polnischen Angelegenheiten als ein Mittel, seine auswärtige Politik auf eine neue Grundlage zu stellen. Daß zwischen den kurbrandenburgischen und den preußischen Besitzungen des Hauses Hohenzollern ein fremdes Landgebiet lag, war ein schwerer Schaden für den Staat. Und dieses Stück Polen hatte früher ebenfalls zu dem Ordenslande Preußen gehört, ein deutsches Kolonisationsgebiet, das Polen gewaltsam dem Deutschen Orden entrißen hatte, um sich den Weg zur Ostsee zu bahnen. Dieses „Polnisch-Preußen“ wiederzugewinnen, mußte für den preußischen Staat in seiner neuen Großmachtstellung eine Lebensfrage werden, besonders wenn die Gefahr bestand, daß es in russische Hände fallen könne. Was aber den zweiten Punkt betrifft, der die Politik Friedrichs des Großen bestimmte, so bedurfte er einer Handhabe, um gemeinsame politische Interessen mit Rußland zu pflegen. Die Verbindung mit Rußland war eine Notwendigkeit für ihn geworden, und das Mittel, sie zu gewinnen und zu erhalten, war die Behandlung, die Preußen den polnischen Angelegenheiten angedeihen ließ. Die Erhaltung dieser Beziehungen zu Rußland stand übrigens für Friedrich den

Großen so sehr im Vordergrunde, daß er die Erwerbung von Westpreußen zeitweise ganz beiseite schob. Als sich die Lage so gestaltet hatte, daß sich Rußland genötigt sah, einer Entschädigung Preußens für die moralische und materielle Unterstützung Rußlands zuzustimmen, war der König zunächst darauf bedacht, Sicherheiten für deutsche Ansprüche seines Hauses — zum Beispiel die Erbfolge in Ansbach-Bayreuth — zu erlangen. Erst das Drängen seines Bruders, des Prinzen Heinrich, sich Westpreußen keinesfalls entgehn zu lassen, bestimmte ihn, auf diesen Gedanken zurückzukommen.

Ich erwähne das, nicht um die Geschichte der Teilungen Polens hier in ihren Einzelheiten zu verfolgen, sondern um daran zu erinnern, wie zweckbewußt, klar und scharf umgrenzt die Stellungnahme des großen Königs zur polnischen Frage war. Von der Politik seines Nachfolgers kann man das nicht ohne weiters behaupten. Die preussische Politik nach 1786 hatte Rußland gegenüber nicht mehr die frühere sichere Haltung. Dennoch war Preußen von vornherein keineswegs geneigt, die russische Politik der rücksichtslosen Gewalttätigkeit gegen Polen mitzumachen; es stand vielmehr den Versuchen der polnischen Patrioten, die Schäden der alten polnischen Verfassung zu bessern, sympathisch gegenüber. Durch die neue Verfassung vom 3. Mai 1791 machte das alte Polenreich den letzten Versuch, sich zu erneuern, und die Freunde dieser Reform suchten mit Erfolg Anlehnung an Preußen. Es ist bekannt, wie alsbald die russischen Intrigen gegen die polnische Verfassungsreform begannen, wie sich unter dem Einfluß dieser Intrigen der Landesverrat in Polen selbst öffentlich unter dem Namen der Konföderation von Targowitz organisierte, wie dann durch die Ereignisse in Frankreich das Interesse der preussischen Politik ganz von dem Osten abgelenkt wurde, und wie nun durch die eigne Zämmlichkeit der polnischen Nation das offene, gewaltsame Eingreifen Rußlands im Jahre 1792 wiederum herbeigeführt wurde. Das Verhältnis Preußens und Rußlands bei dieser zweiten Teilung Polens war sehr eigentümlicher Natur. Die Kaiserin Katharina die Zweite hatte gehofft, selbständig gegen Polen vorgehn zu können, aber sie war um die Zeit, als die Frage zur Entscheidung reif wurde, in verschiedene diplomatische Schwierigkeiten verwickelt, mußte deshalb Preußen für sich gewinnen und fand die vorteilhafteste Lösung dieser Aufgabe darin, daß sie Preußen zum Mitschuldigen der russischen Gewaltpolitik machte. Für Friedrich Wilhelm den Zweiten und seine Ratgeber war es nach der unklaren und lässigen Wahrnehmung der preussischen Interessen in den Beziehungen zu den osteuropäischen Mächten nun viel zu spät, sich den Nachteilen dieser Lage zu entziehen, ohne sich ihre Vorteile entgehn zu lassen. Immerhin war das Ergebnis der zweiten Teilung für Preußen noch vorteilhaft. Denn man gewann dabei den westlichsten Teil von Großpolen, das sogenannte „Südpreußen“, also einen Landesteil, der nicht nur schon stark mit deutscher Bevölkerung durchsetzt war, sondern auch der Ostgrenze des Staates eine vorteilhaftere Gestalt gab und eine wertvolle

Verbindung zwischen Schlesien und dem Nordosten der hohenzollernschen Erblande herstellte.

Aber die zweite Teilung Polens trug in der Form ihrer Abmachungen den Keim eines letzten verzweifelten Wiederherstellungsversuchs der alten polnischen Macht durch die auf das Äußerste getriebenen polnischen Patrioten in sich. Sie führte zum Kriege und zwang nun alle drei an der Zerstückelung Polens beteiligten Mächte, gemeinsam ganze Arbeit zu machen und den letzten Rest des Königreichs unter sich zu teilen. Für Preußen bedeutete das trotz des bedeutenden Ländererwerbs eine entschiedne Schwächung seiner innern Kraft und seiner internationalen Stellung.

Das zeigte sich schon 1806 nach den ersten Niederlagen, die Preußen im Kampfe gegen Napoleon erlitten hatte. Die preußische Herrschaft in den 1793 und 1795 erworbenen polnischen Landesteilen brach zusammen. Nach dem Friedensschluß 1807 errichtete Napoleon das Herzogtum Warschau, um durch diesen Vasallenstaat die Hoffnungen der Polen auf die Wiederherstellung ihres Reiches gerade so weit anzuregen, wie es ihm für seine Zwecke nützlich schien. Noch ein anderer lernte in dieser Zeit die Ausnutzung der polnischen Frage zugunsten französischer Interessen; es war — Talleyrand. Im Wiener Kongreß wußte er von dieser Erfahrung Gebrauch zu machen.

Die preußischen Bevollmächtigten befanden sich auf dem Wiener Kongreß in einer schwierigen Lage. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg und sein nächster Adlatus, Wilhelm von Humboldt, ließen sich beide in der polnischen Frage zu einer falschen Stellungnahme verleiten. Die beiden genialen und staatsklugen Männer hielten es für ihre Pflicht, vor allem die deutsche Stellung Preußens zu wahren, mußten aber leider zu spät die Erfahrung machen, daß auf diesem Wege den vereinigten Römsten Metternichs und Talleyrands gegenüber nichts, höchstens das Gegenteil des Erstrebten zu erreichen war, und daß ein rücksichtslos nur auf den preußischen Staat bedachter Egoismus weiter geführt hätte. Dazu hätte eine klare Verständigung mit Rußland und eine rechtzeitige, freiwillige Beschränkung der dieser Verständigung im Wege stehenden Ziele gehört. Mit andern Worten, Preußen mußte den polnischen Plänen Alexanders des Ersten weit entgegenkommen und Rußland eine sichere Rückenbedeckung gewähren, sich also förmlich und deutlich von allen Ansprüchen auf Gebietsteile, die es in die polnische Frage verwickeln konnten, zurückziehen. Als Preis für dieses freiwillige Zugeständnis an Rußland und seine vollständige Loslösung von dem künftigen Schicksal des polnischen Volks konnte es außer der Ergänzung Westpreußens, dieses selbst von Napoleon nicht angefochtenen Besitzes, durch Danzig und Thorn auch den größern westlichen Teil des ehemaligen Südpreußens, also die heutige Provinz Posen fordern, nicht als Anteil am ehemaligen polnischen Reiche, sondern zur Sicherung seiner Ostgrenze und Abrundung seines Gebiets, also mit dem Grundgedanken der vollständigen Lösung dieses Gebiets von seiner polnischen Vergangenheit und des

bedingungslosen Übergangs in die preußische Interessensphäre. Gesah das, dann schied Preußen, obwohl es dasselbe Gebiet erhielt, das es heute von dem ehemaligen Königreich Polen besitzt, offiziell aus der Reihe der „Teilungsmächte“ aus und hatte den Polen gegenüber völlig freie Hand.

Leider geschah in Wirklichkeit das Gegenteil. Die preußischen Bevollmächtigten, die sich von Österreich irreführen ließen und von dem stärksten Mißtrauen gegen Kaiser Alexander beseelt waren, hielten die polnischen Ansprüche bis aufs äußerste aufrecht, und erst im letzten Augenblick fanden sie so viel Anschluß an Rußland, daß sie wenigstens die Provinz Posen noch für Preußen retten konnten. So hatten sie in der polnischen Frage nur das Notwendigste durchgesetzt, mußten es aber dulden, daß Preußen in die Bestimmungen hineingezogen wurde, die in der polnischen Frage den Teilungsmächten auferlegt wurden. Diese Bestimmungen waren freilich so nichts sagend und nebelhaft, daß sie keinen der beteiligten Staaten in Wahrheit hinderten, mit den Polen zu machen, was er wollte. Aber trotz alledem war es für die Auffassung der staatsrechtlichen Grundlagen dieses Verhältnisses nicht gleichgiltig, wie die Schlußakte des Wiener Kongresses die Rechtslage formuliert hatte. Und da wurde es bedeutungsvoll, daß das polnische Volk, wenn auch seine politische Führung in die Hand von drei fremden Regierungen gelegt wurde, doch durch einen internationalen Rechtsakt als ein fortbestehendes Ganzes, als eine „politische Persönlichkeit“ — wie man nach Analogie des Begriffs „juristische Persönlichkeit“ sagen möchte — anerkannt wurde. Das war das Ruckucksei, das die Westmächte oder vielmehr Talleyrand als Inspirator der französischen Politik — Lord Castlereagh segelte in seinem Kielwasser — den Ostmächten in das Nest gelegt hatte.

Für die Polen wurden die „Wiener Verträge“ von 1815 gewissermaßen die magna charta ihrer nationalen Bestrebungen. Sie haben keinen Augenblick das Prinzip verleugnet, daß ihnen durch diese Abmachungen die Fortführung ihrer nationalen Existenz gesichert sei. Danach haben sie ihr ganzes Handeln eingerichtet, sowohl in Österreich und Rußland wie auch in Preußen. Niemals ist es ihnen eingefallen, daß sie sich mit der Duldung ihrer Sprache und Sitte auf Grund der Rechte, die ihnen als preußische, russische oder österreichische Untertanen zustanden, begnügen können. Die Hauptsache war ihnen, daß das polnische Volk fortfuhr ein geschichtliches Ganzes zu bilden, das die Berechtigung dazu aus seiner nationalen Geschichte entnahm. Wenn noch immer von einigen leicht zu täuschenden oder schlecht orientierten Deutschen der Wahn aufrecht erhalten wird, diese Anschauung sei nur die einiger Heger oder Träumer unter den Polen, so kann das nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Daher einige Worte über Art und Umfang der sogenannten „Loyalität“ der Polen.

Zur Zeit der alten polnischen Republik hat der herrschende Adel mit unbeschränkter Willkür dem völlig rechtlosen Volke gegenüber gestanden. Er war bestrebt, die Massen in Unwissenheit und Trägheit niederzuhalten und ihnen

als einzige Pflicht die des Gehorsams einzuschärfen. Unter solchen Umständen mußte nach dem Aufhören der politischen Selbständigkeit Polens die rechtlose polnische Volksmasse allen nationalen Empfindungen gegenüber völlig neutral erscheinen. Ihr Verhalten gestaltete sich verschieden, je nachdem die gewohnte Führung ihres nationalen Adels oder die fremde Staatsgewalt, der sie unterworfen war, ihr auf irgendeine Weise näher trat. Der Adel aber blieb zunächst in seinem Wesen derselbe, der er in den letzten Zeiten der Republik gewesen war, das heißt er teilte sich in einen leidenschaftlich empfindenden Teil, der durch die tiefe Schmach des Vaterlandes in seinem tiefsten Innern ergriffen und zur Einker und Umkehr getrieben wurde, und einen andern, der in hoffnungsloser Entsagung an der Wiedererstehung Polens verzweifelte und seinen Frieden mit den neuen Verhältnissen machte. Man könnte noch eine dritte Kategorie erwähnen, die sich aus denen zusammensetzte, die in dem alten nationalen Leichtsinne und der oberflächlichen Gedankenlosigkeit und Unzuverlässigkeit verharren. Es waren Leute, die über die Sache nicht allzuviel nachdachten, sondern sich abwechselnd je nach den Umständen bald der ersten bald der zweiten Gruppe anschlossen. Für die tatsächliche Entwicklung des Polentums kommen also nur die ersten beiden Kategorien in Betracht. Aber die zweite mußte schon dadurch immer mehr zusammenschmelzen, daß im Laufe mehrerer Menschenalter von dem Polentum dieser Adlichen — der „ralliirten Polen“, wie Bismarck sie nannte — nichts mehr übrig blieb als der Name. Die erste Gruppe, die wir soeben gekennzeichnet haben, mußte je länger je mehr allein das Feld behaupten, und sie konnte der Natur der Sache nach nicht loyal im strengen Sinne des Wortes sein. Sie arbeitete zielbewußt an der Wiedergeburt ihres Volks, zuerst in gelegentlichem wildem und verzweifelmtem Rütteln an den Ketten, dann in revolutionärem Intrigen- und Verschwörungsspiel, dann, allmählich besonnen gemacht durch schlimme Erfahrungen und erzogen und verinnerlicht durch eine aufstrebende Nationalliteratur und die fortschreitende nationale Sammlung, in der intensiven Pflege einer nationalen Organisation, die in harter Arbeit allmählich immer reichere und stärkere Mittel zu nationaler Erziehung, Sammlung und Ausbreitung gewinnt. Unter den preußischen Polen gelang es dem Adel, unterstützt durch den Gerechtigkeitsinn der preußischen Verwaltung und durch eine Gesetzgebung, die sie an allen Wohltaten einer tüchtigen, festgegründeten Staatsordnung unbeschränkt nach dem Grade ihrer eignen Tüchtigkeit teilnehmen ließ, immer weitere Kreise des polnischen Volks für sich und die nationalpolnische Idee zu gewinnen. Der Marcinkowskiverein half den polnischen Mittelstand schaffen und aus ihm ein gebildetes polnisches Großbürgertum. Neben den Adel und dieses führende Bürgertum trat die katholische Geistlichkeit, um zuerst den Bauernstand, später das Proletariat für die nationalen Ideen empfänglich zu machen. An Stelle des alten polnischen Adels, der einer gleichgiltigen Volksmasse gegenüberstand, haben wir seit langer Zeit eine führende, zielbewußte polnische „Intelligenz“

an der Spitze eines jetzt freiwillig folgenden, von tiefem Haß gegen das Deutschtum erfüllten polnischen Volks. Wenn man das geschichtliche Werden dieses Zustands verfolgt hat, ist es schlechterdings unverständlich, wie man daran glauben kann, es könne heute noch ein Pole, der sich zum Polentum wirklich bekennt, im wahren Sinne „loyal“ sein.

Allerdings wird ja das Wort häufig in einem andern Sinne gebraucht. Sehr viele — es sind immer die Leute, die nur das Heute sehen und die Geschichte nicht kennen — werfen die Frage auf, ob denn die Polen wirklich einen „Aufstand“ machen wollen, um sich von Preußen loszumachen. Davon haben sie nämlich dunkel etwas gehört, daß 1831, 1848 und 1863 so etwas vorgekommen ist. Natürlich weisen das die Polen weit von sich, also sind sie „loyal“. Ja noch mehr! Sie wissen heute, gerade infolge des sichern und stetigen Fortschreitens ihrer nationalen Organisation, so genau, wie lange sie auf die Erfüllung ihrer letzten nationalen Wünsche selbst in dem für sie günstigsten Falle noch zu warten haben, daß die jetzige Generation auch gern bereit wäre, einem preußischen Könige, der sie in ihrer nationalen Arbeit nicht hinderte oder der sie gar förderte, persönlich jede Huldigung zu erweisen. Ich habe in der Provinz Posen die Zeit erlebt, als Fürst Bismarck entlassen wurde, als die Versöhnungspolitik einsetzte und die polnische „Hospartei“ in Blüte stand. Damals tauchten in polnischen Salons, in denen vorher wohl niemals das Bild eines Königs von Preußen zu finden gewesen war, die Bildnisse Kaiser Wilhelms des Zweiten auf. Das war in seiner Art ehrlich gemeint. Die Polen schätzten den Kaiser falsch ein, weil er sie von dem gefürchteten Bismarck befreit hatte; ich habe das damals im Gespräch mit Polen mehrfach feststellen können. Sie hofften, in völligem Mißverständnis der Geistesrichtung und Persönlichkeit des Kaisers, er würde, einem bei ihm fälschlich vorausgesetzten Bedürfnis folgend, die Traditionen und Lebensinteressen des preußischen Staats so weit umbiegen, daß daraus eine dauernde Förderung ihrer national-polnischen Organisation erwachsen könne. Darum riefen die Polen damals aus vollem Herzen: Niech żyje Cesarz niemiecki! Es lebe der Deutsche Kaiser! Natürlich mit der *reservatio mentalis*: Aber den preußischen Staat und vollends die vermaledeiten Deutschen soll der Teufel holen! Wer das Loyalität unsrer „polnischen Mitbürger“ nennen will, mag es tun!

Auf die Geschichte der polnischen Organisation selbst soll hier nicht eingegangen werden. Bernhard hat das in seinem Buche „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat“ ausgezeichnet und anschaulich geschildert, und dieses Buch ist ja in den Grenzböten erst kürzlich von G. Kleinow eingehend gewürdigt worden. Bis 1831 lag der Schwerpunkt der polnischen Angelegenheiten und demgemäß auch die Hoffnung der Polen in Russisch-Polen, damals noch ein autonomer Verfassungsstaat mit selbständiger Verwaltung und sogar eigener Armee. Der unglückliche Ausgang des Aufstandes von 1830 vernichtete diese Hoffnung, und nun fiel der Leitung der polnischen Emigration in Paris

die Aufgabe zu, die Führung der nationalen Sache zu übernehmen. Seit aber Preußen ein Verfassungsstaat geworden war, hielt man diese offene Leitung der polnischen Sache vom Auslande her nicht mehr für praktisch. Die polnische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses rückte für die preußischen Polen in den Vordergrund und wurde nach dem Scheitern des Aufstandes von 1863 der Mittelpunkt der nationalen Organisation, bis das Einlenken der Politik Bismarcks in entschiedene Gegenmaßregeln gegen diese mit den Interessen des preußischen Staats nicht verträglichen Bestrebungen die preußischen Polen veranlaßte, ihre Organisation wirtschaftlich neu zu fundieren. Die Aufmerksamkeit unsrer deutschen Landsleute kann nicht oft genug darauf gelenkt werden, daß die Polen mit bewunderungswerter Sicherheit und Stetigkeit, immer an der grundlegenden Idee festhaltend, im einzelnen aber stets an die jeweiligen Umstände angepaßt, daran gearbeitet haben, einen Staat im Staate zu organisieren, um später einmal, wenn es die Lage der europäischen Politik gestattet, den geeigneten Augenblick zum Wiederaufbau des polnischen Gesamtstaats benutzen zu können.

Wie hat sich nun der preußische Staat zu dieser Tatsache gestellt? Hat er etwas getan, diese Entwicklung zu hindern, oder hat er sie gehen lassen, oder hat er vielleicht zwar den Versuch gemacht, sie zu hindern, aber dabei zu falschen Mitteln gegriffen?

Die richtige Antwort ist, daß der preußische Staat bis zum Jahre 1886 überhaupt nichts getan hat, was auf eine klare Erkenntnis der Lage hindeutete. Die Abmachungen von 1815 gaben trotz der Anerkennung der polnischen Nation als einer Gesamtheit mit politischen Rechten dem Staate völlig freie Hand für seine Regierungsmaßnahmen. Damals hätte man, ohne in die Rechte und Interessen der polnischen Grundbesitzer einzugreifen, mit Leichtigkeit eine ebenso energische deutsche Kolonisation der Provinz Posen vornehmen können, wie sie Friedrich der Große nach der ersten Teilung Polens in Westpreußen und im Netzedistrikt vornahm. Aber von solchen Ideen war man damals weit entfernt. Man glaubte richtig zu handeln, wenn im Sinne gewissenhafter Gerechtigkeit das Vorhandensein besondrer Wünsche und Zukunftsträume der Polen einfach ignoriert, den Wiener Verträgen aber doch darin Rechnung getragen wurde, daß man für den wiedergewonnenen Teil des ehemaligen „Südpreußens“ den ganz unhistorischen Begriff eines „Großherzogtums Posen“ mit einem eignen Statthalter schuf. Preußen nahm also, sehr zu seinem Nachteil, die ihm unberechtigterweise aufgedrängte Rolle einer „Teilungsmacht“ mit einer Gewissenhaftigkeit, die dem Privatmann zur Ehre gereicht, in der Politik aber unter solchen Umständen zum Verbrechen wurde, willig auf sich.

Im Jahre 1831 erkannte man sechzehn Jahre zu spät, daß ein ungeheurer Fehler gemacht worden war. Der geniale Oberpräsident von Flottwell erkannte die Lage so weit, daß er eine großzügige deutsche Kolonisation der Provinz Posen für notwendig hielt und diese mit dankenswerter Energie und un-

gewöhnlichem Weitblick in Angriff nahm. Es war eine glückliche Idee, die dem Polentum große Bedrängnis schuf und zum erstenmale wirksam ihre Kreise stürzte, und so wird auch die Nachwelt diesem tapfern und verdienten Staatsmanne den wärmsten Dank schulden müssen. Aber es gibt eine Seite der Polenfrage, die auch Flottwell unterschätzt hat. Auch er sah die Hauptgefahr in dem wirtschaftlich verlotterten, unruhigen und ehrgeizigen Adel, den er im Interesse der Wohlfahrt der ihm anvertrauten Provinz auf gesetzlichem Wege möglichst beseitigen wollte. Das sich im stillen vorbereitende Erstarken der polnischen Nationalität, einer nationalen Gesamtheit, die trotz tiefem Fall noch nicht gestorben war und ebenso aus dem Gerechtigkeitsfinne der preussischen Verwaltung wie aus ihrer eignen geschichtlichen Vergangenheit neue Kraft zog, sah auch Flottwell nicht, sonst hätte dieser bedeutende und weitschauende Vorkämpfer des Deutschtums niemals der Mitschöpfer und Protektor des Marcin-kowskivereins werden können. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß der Kern der preussischen Polenfrage auch in dieser Zeit von der preussischen Staatsregierung nicht recht erfaßt worden ist.

Friedrich Wilhelm der Vierte hat dann bekanntlich schon in seinem ersten Regierungsjahr, den Einflüsterungen kurzsichtiger Politiker und offener Polenfreunde folgend, Flottwell abberufen und jene unheilvolle Politik der Versöhnungsversuche, der Schwankungen und Fehlgriffe begonnen, die im Sturmjahre 1848 sogar zu Rebellion und Blutvergießen führte. Der königliche Romantiker hat auch später den bitteren Ernst dieses nationalen Kampfes nie zu erkennen vermocht. Als Freund historischer Besonderheiten hatte er für diese heißblütigen, unruhigen Frondeurs im Grunde seines Herzens mancherlei übrig, da er das Volk für treu hielt und in seinem Selbstbewußtsein als Träger der preussischen Staatsjouveränität mit ihnen leicht fertig zu werden glaubte.

Nach 1863, der Zeit des abermals mißglückten polnischen Aufstands, trat die polnische Frage wieder mehr in den Hintergrund. Die Polen bedurften nach dem Zusammenbrechen ihrer frühern Leitung neuer Vorbereitungen, und Preußen stand vor der Lösung der Frage der deutschen Einheit. Erst der Kulturkampf lenkte die Aufmerksamkeit Bismarcks wieder auf die polnische Frage. Die Frucht der Erfahrungen dieser Zeit ist das Ansiedlungsgesetz von 1886. Bismarck knüpfte unmittelbar an die Ideen Flottwells an. Es tut der Bewunderung des großen Staatsmanns keinen Eintrag, wenn wir heute erkennen müssen, daß er die Lage und die Kräfte des Polentums falsch eingeschätzt hat. In ihm lebte noch das Bild früherer Jahrzehnte: der leichtsinnige, verrottete polnische Glacé als einzig unruhiges Element über und neben einer treuen, dem preussischen Staate dankbaren und gehorsamen polnischen Volksmasse. Bezeichnender als dieser für Bismarck verzeihliche Irrtum ist die Tatsache, daß unter den hochgestellten, verantwortlichen preussischen Beamten niemand war, der ihn korrigieren konnte. Die ganze Frage war der preussischen Verwaltung ein böhmisches Dorf. Bismarck selbst aber kam trotz

seiner unrichtigen Information über die Einzelheiten der Lage in seiner Gesamtauffassung der Polenfrage der Wahrheit immer noch näher als alle andern; wieder bewährte sich die Sicherheit seines staatsmännischen Blicks für die großen historischen Zusammenhänge.

Auch die Ansiedlungskommission mußte also zuerst tastend ihren Weg suchen, da die ihr gegebenen Direktiven mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmten. Zugleich bereitete sich eine neue Organisation der Polen auf wirtschaftlicher Grundlage vor. Einige Jahre später setzte die Caprivische Veröhnungspolitik ein und mit ihr zugleich eine wahrhaft fieberhafte Tätigkeit der Polen, um die Gunst der Zeit auszunutzen. Man muß diese Periode in der Provinz Posen erlebt haben — wie es mir zufällig vergönnt gewesen ist —, um es für möglich zu halten, daß alle diese in ihrem Ziele gar nicht zu verkennenden Anstrengungen der Polen für ihre Sache bei der Mehrheit der Deutschen einer geradezu beispiellosen Indolenz und Ahnungslosigkeit begegneten. Erst 1894 wuchs mehr unter dem Eindruck allgemeiner politischer Verhältnisse als aus der Einsicht in die Natur der polnischen Bestrebungen eine stärkere Unzufriedenheit und Sorge empor, und jetzt war es der von Bismarck ausgehende Impuls, der bei der Huldigungsfahrt der Posener nach Warzin die Anregung zur Gründung des Ostmarkenvereins gab. Aber die Anfänge dieser Vereinstätigkeit, die die Deutschen in den Ostmarken endlich zum Verständnis ihrer Lage brachte, stießen in den ersten Jahren bei den Behörden auf das stärkste Mißvergnügen. Der Oberpräsident von Posen führte einen stillen Krieg gegen den Verein, der den alten heillosen Schlendrian des ruhigen Stillhaltens der Deutschen bei allen Bemühungen der Polen, sich auf ihre und des Staats Kosten auszubreiten, so unbequem störte. Aber zwei preußische Staatsmänner an bedeutsamen, verantwortlichen Stellen halfen verständnisvoll dem jungen Verein über die Klippen hinweg. Das waren Staatsminister von Gopler, der Oberpräsident von Westpreußen, und Johannes von Miquel. Es wird zu den dauernden Ruhmestiteln dieser Männer gehören, daß sie in der preußischen Staatsregierung den ersten festen Grund zu einem vollen Verständnis der polnischen Frage gelegt haben.

Der Rücktritt Miquels und die zunehmende Kränklichkeit Goplers, der im September 1902 starb, brachten noch einmal eine kleine Schwankung, inzwischens aber hatte auch der neue Reichskanzler von Bülow eine feste Stellung zu der Frage gewonnen. Schon im Januar 1902 hatte er vor dem Abgeordnetenhaus sein Programm entwickelt; es war das erstemal, daß ein leitender Staatsmann Preußens die gesamte Aufgabe des Staats gegenüber dem Polentum mit vollem Verständnis der wahren Natur der Frage darlegte.

Man kann sich diese Sachlage nicht scharf und deutlich genug klar machen. Seit dem Jahre 1815, das heißt seit bald dreiundneunzig Jahren, haben die Polen an nichts andres gedacht und für nichts andres gearbeitet als für die Bewahrung ihres Volkstums im Sinne ihrer nationalen Geschichte.

und für die künftige Wiedererstehung ihres Nationalstaats; sie sind stetig ihren Weg gegangen, ohne auch nur die geringste innere Verpflichtung für das staatliche Gemeinwesen zu empfinden, dem sie äußerlich angehören; sie haben sich durch nichts beirren lassen. Im Jahre 1902, das heißt vor fünf Jahren, hat die preußische Staatsregierung das erste wirklich umfassende und auf voller Kenntnis der Lage beruhende Programm aufgestellt, das eine dauernde Tätigkeit zur Lösung des schwierigen Problems verspricht. Gemildert wird dieses schroffe Mißverhältnis nur durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, die dem Namen nach seit zwanzig Jahren arbeitet. Aber auch hier müssen die Lehrjahre, das heißt mindestens zehn Jahre, in Abzug gebracht werden.

Man vergegenwärtige sich das alles ganz genau und überlege sich, was es heißt, daß der preußische Staat achtzig und mehr Jahre vergeudet hat, während die Polen diese Zeit ausnützten, einen Staat im Staate mit allen Mitteln, über die ein 17 Millionen zählendes, selbstbewusstes Volk mit neunhundertjähriger Geschichte verfügt, zu gründen. Und dann frage man sich ehrlich, was unter solchen Umständen die Urteile wert sind, die schon jetzt aus den kleinen Mißerfolgen und Schwierigkeiten, die natürlich unvermeidlich sind, die Berechtigung entnehmen, dem preußischen Staat zur Umkehr in seiner Ostmarkenpolitik zu raten.

Ich habe bereits zum Ausdruck gebracht, wie hoch ich die Arbeit von Professor Bernhard einschätze, aber ich kann mir auch den Hinweis nicht versagen, daß die Vertiefung in die sichere, zielbewußte Arbeit der Polen ihn einseitig gemacht und zu einem Pessimismus geführt hat, der eben jetzt unheilvoll wirken muß. Auch mein verehrter Freund Kleinow, dessen Urteil mir in allen diesen Fragen sehr wertvoll ist, hat sich auf seinem ausländischen Beobachtungsposten durch die Vorzüge des Bernhardschen Werks einigermaßen blenden lassen. Er übersieht, daß so viel Neues, wie er annimmt, dieses Werk den Eingeweihten denn doch nicht gebracht hat, und daß Bernhard sein Material zum Teil auch von der Regierung selbst erhalten hat. Wir brauchen also nicht zu warten, bis wir die Polenfrage noch gründlicher kennen. Ein Feldherr kann mit seinen Operationen nicht warten, bis er beim Feinde die Aufstellung jedes Mannes und jedes Geschützes kennt. Deshalb möchte ich auf die Gefahr aufmerksam machen, die daraus entsteht, daß über einzelnen Schwierigkeiten und Bedenklichkeiten, die, aus der Ferne gesehen, in ihren Dimensionen überschätzt werden, die historische Entwicklung und die dadurch gegebene Lage in ihrer Gesamtheit verkannt wird.

Nun bleibt freilich eine schwerwiegende Frage: Zu welchem Ende soll das führen? Man muß doch in jedem Kampf eine Vorstellung haben, wie einmal der Friede geschlossen werden kann. Darüber zum Schluß noch einige Worte. Der Friede ist für uns nur möglich auf der Grundlage, daß das gegenwärtige Gebiet des preußischen Staats völlig außerhalb aller Bestrebungen bleibt, die

auf eine Wiederherstellung Polens zielen. Diese Sicherheit haben wir nur, wenn die deutsche Bevölkerung in diesen Gebieten eine sichere Mehrheit bildet und die Bestrebungen der Polen, sich gesellschaftlich und wirtschaftlich abzusondern und das Verhältnis der Nationalitäten in der Bevölkerung zu verschieben, von ihnen — weil überall durch geeignete Maßregeln unterbunden — als nutzlos und auf die Dauer zwecklos empfunden werden. Mit einer solchen polnischen Minderheit wird man in Frieden und Freundschaft leben können, und sie wird weder in ihrer Sitte und Sprache noch in ihrem Besitz gefährdet sein. Aber es ist leider noch ein weiter Weg, bis die Polen wirklich das unschädliche, fremdsprachige Element unsrer preussischen Bevölkerung geworden sein werden, für das sie von Unkundigen schon jetzt gehalten werden.



Amerikawanderungen eines Deutschen



ohannes Wilda hat soeben den Schlußband seines Reiseswerkes*) über den amerikanischen Kontinent veröffentlicht und damit dem deutschen Volke, das in auswärtigen Fragen noch immer viel zu wenig geschult ist und sich nicht daran gewöhnen kann, daß die Diplomatie aus einer mystischen Geheimkunst ein Feld der Betätigung für die ganze Nation geworden ist, die Möglichkeit gegeben, sich über einen der wichtigsten Staatenkomplexe zu informieren. Es ist die Pflicht eines jeden Deutschen, es seinen britischen Vettern gleichzumachen und die auswärtige Politik seines Vaterlandes mit demselben Interesse wie die innere zu verfolgen, denn in kritischen Zeiten würde schwerlich das richtige Nationalgefühl und die für große Entscheidungen notwendige Begeisterung vorhanden sein, wenn nicht das ganze Volk mit vollem Verständnis hinter der Politik der Regierung stünde. Jedes Werk, das dazu beiträgt, die Kenntnis über auswärtige Politik zu verbreiten, ist deshalb ein Stein zum Fundament unsers berechtigten Imperialismus. Wilda ist dieser Aufgabe in jeder Weise gerecht geworden und hat seine Schilderungen der verschiedenen amerikanischen Republiken mit so strenger Wahrheitsliebe durchgeführt und mit so interessanten Streiflichtern auf die gegenwärtige Weltlage durchsetzt, daß jeder Kenner der dortigen Verhältnisse ihm beipflichten, jeder Leser aber, dem Amerika bisher so gut wie unbekannt war — denn wer bekümmerte sich bisher um alle diese interessanten, scheinbar halbwilden Länder? —, einen richtigen Begriff von ihnen bekommen wird.

*) Amerikawanderungen eines Deutschen von Johannes Wilda. Drei Bände. Berlin, Allgemeiner Verein für deutsche Literatur, 1906 und 1907.